

Art. 3 - In dasselbe Kapitel 6 wird in Abschnitt 3 ein Artikel 5/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 5/1 - Unbeschadet des Artikels 5 findet die in Artikel 3 § 1 Absatz 1 vorgesehene Vormundschaft Anwendung auf jede Person, die:

- noch keine achtzehn Jahre alt ist,

- Staatsangehörige eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz ist,

- nicht von einer Person begleitet wird, die auf der Grundlage des Gesetzes, das gemäß Artikel 35 des Gesetzes vom 15. Juli 2004 zur Einführung des Gesetzbuches über das internationale Privatrecht anwendbar ist, die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft über sie ausübt,

- nicht im Besitz eines legalisierten Dokuments ist, aus dem hervorgeht, dass die Person, die die elterliche Gewalt oder die Vormundschaft ausübt, die Erlaubnis erteilt hat, nach Belgien zu reisen und sich dort aufzuhalten,

- nicht im Bevölkerungsregister eingetragen ist

- und sich in einer der folgenden Situationen befindet:

entweder ein vorläufiges Aufenthaltsdokument aufgrund von Artikel 61/2 § 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern beantragt haben

oder schutzbedürftig sein."

Art. 4 - Artikel 6 desselben Kapitels 6, abgeändert durch das Programmgesetz vom 27. Dezember 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Wörter "in Artikel 5" werden jeweils durch die Wörter "in Artikel 5 oder in Artikel 5/1" ersetzt.

2. In § 4 werden die Wörter "Minister des Innern" durch die Wörter "zuständigen Minister" ersetzt und wird Absatz 2 aufgehoben.

Art. 5 - In Artikel 8 § 1 desselben Kapitels 6 werden die Wörter "in Artikel 5" durch die Wörter "in Artikel 5 oder in Artikel 5/1" ersetzt.

Art. 6 - Artikel 24 § 1 desselben Kapitels 6, abgeändert durch das Programmgesetz vom 27. Dezember 2004, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nr. 3 werden die Wörter "oder der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraums" aufgehoben.

2. Der Paragraph wird durch eine Nummer 6 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"6. wenn der Minderjährige, der Staatsangehöriger eines Mitgliedstaates des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz ist, nicht mehr schutzbedürftig ist."

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 12. Mai 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

Die Staatssekretärin für Asyl und Migration,
Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung

Frau M. DE BLOCK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2015/00165]

15 MAI 2014. — Loi portant des dispositions diverses en matière d'environnement. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 15 mai 2014 portant des dispositions diverses en matière d'environnement (*Moniteur belge* du 30 juillet 2014).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2015/00165]

15 MEI 2014. — Wet houdende diverse bepalingen inzake het milieu
Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 15 mei 2014 houdende diverse bepalingen inzake het milieu (*Belgisch Staatsblad* van 30 juli 2014).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2015/00165]

15. MAI 2014 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Umwelt — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 15. Mai 2014 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Umwelt.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST VOLKSGESUNDHEIT, SICHERHEIT DER NAHRUNGSMITTELKETTE
UND UMWELT

15. MAI 2014 — Gesetz zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Umwelt

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *Allgemeine Bestimmung*

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL 2 — *Abänderungen des Gesetzes vom 21. Dezember 1998 über Produktnormen zur Förderung umweltverträglicher Produktions- und Konsummuster und zum Schutz der Umwelt, der Gesundheit und der Arbeitnehmer*

Art. 2 - Im einleitenden Satz von Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 1998 über Produktnormen zur Förderung umweltverträglicher Produktions- und Konsummuster und zum Schutz der Umwelt, der Gesundheit und der Arbeitnehmer werden zwischen den Wörtern "des vorliegenden Gesetzes" und den Wörtern "ist beziehungsweise" die Wörter "und seiner Ausführungserlasse" eingefügt.

Art. 3 - In Artikel 15 § 2 Nr. 3 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 28. März 2003, werden zwischen den Wörtern "zu den Unterlagen haben und sie" und den Wörtern "gegen Empfangsbescheinigung" die Wörter "entweder kopieren oder" eingefügt.

Art. 4 - Artikel 16 § 1 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Juli 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "gegen Empfangsbescheinigung Produkte durch administrative Maßnahme für eine vom König festgelegte Dauer zu Überprüfungszwecken zeitweilig beschlagnahmen" durch die Wörter "gegen Empfangs- beziehungsweise Versiegelungsbescheinigung Produkte durch administrative Maßnahme für eine vom König festgelegte Dauer zu Überprüfungszwecken zeitweilig beschlagnahmen oder versiegeln" ersetzt.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

"Diese Mitglieder des statutarischen oder Vertragspersonals dürfen Produkte, die den Erlassen zur Ausführung des vorliegenden Gesetzes, den im Rahmen der Richtlinie 2009/125/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte getroffenen Durchführungsmaßnahmen oder den in Anlage I aufgeführten Verordnungen der Europäischen Union nicht entsprechen, beschlagnahmen beziehungsweise versiegeln oder ihre Rücknahme vom Markt verlangen."

3. In Absatz 3 desselben Gesetzes werden zwischen den Wörtern "die administrative Beschlagnahme" und den Wörtern ", die Rückgabe" die Wörter ", die Versiegelung, die Rücknahme" eingefügt.

Art. 5 - In Artikel 16*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 25. April 2014, werden zwischen dem Wort "Analyse" und dem Wort ", Lagerung" die Wörter ", Versiegelung, Beschlagnahme, Rückgabe" eingefügt.

Art. 6 - Artikel 17 desselben Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 27. Juli 2011, wird für die Festlegung der strafrechtlichen Sanktionen für Verstöße gegen die Bestimmungen der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien wie folgt abgeändert, insofern diese Bestimmungen in den föderalen Zuständigkeitsbereich in Sachen Produktnormen, wie in Artikel 6 § 1 römisch II Absatz 2 Nr. 1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erwähnt, fallen:

1. Paragraph 1 Absatz 1 wird durch eine Nummer 17 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"17. wer gegen Artikel 8 Absatz 2, Artikel 14 Absatz 4, Artikel 14 Absatz 6 oder 10, Artikel 15 Absatz 1 oder 2, Artikel 17 Absatz 1, Artikel 19 Absatz 1 oder 2 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien verstößt."

2. Paragraph 2 wird durch eine Nummer 13 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

"13. wer gegen Artikel 8 Absatz 4 oder 7, Artikel 10 Absatz 1 oder 2, Artikel 11 Absatz 4, Artikel 14 Absatz 11, Artikel 16 Absatz 2, Artikel 17 Absatz 2, 3 oder 4 der Verordnung (EU) Nr. 649/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien verstößt."

Art. 7 - In Artikel 18 § 4*bis* desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 10. September 2009, wird Absatz 3 aufgehoben.

Art. 8 - In Anlage I zum selben Gesetz, abgeändert durch die Gesetze vom 28. März 2003, 27. Dezember 2004, 20. Juli 2005, 1. März 2007, 11. Mai 2007, 10. September 2009 und 27. Juli 2011, werden die Wörter "Verordnung (EG) Nr. 689/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien" durch die Wörter "Verordnung (EU) Nr. 649/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien" ersetzt.

KAPITEL 3 - *Abänderungen des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur*

Art. 9 - In Artikel 44 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur, abgeändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2012, wird § 1 wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren und einer Geldbuße von 26 EUR bis zu 50.000 EUR oder mit nur einer dieser Strafen wird belegt, wer gegen die in Ausführung von Artikel 5 ergangenen Bestimmungen in Sachen Ein-, Aus- und Durchfuhr von nicht einheimischen Pflanzenarten sowie von nicht einheimischen Tierarten und deren Überresten verstößt."

Art. 10 - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 45*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 45*bis* - § 1 - Unbeschadet des Gesetzes vom 28. Juli 1981 zur Billigung des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen und der Anlagen, abgeschlossen in Washington am 3. März 1973, und der Änderung des Übereinkommens, angenommen in Bonn am 22. Juni 1979, sind die in Artikel 47 erwähnten Bediensteten bei einem in Artikel 5 vorgesehenen Verstoß zuständig für die Auferlegung einer administrativen Beschlagnahme der Exemplare nicht einheimischer Arten, die Gegenstand des Verstoßes sind.

§ 2 - Die beschlagnahmten Exemplare werden dem FÖD Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt übergeben. Dieser bringt sie gegebenenfalls in ein Schutzzentrum oder an einen anderen geeigneten Ort.

§ 3 - Der FÖD Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt ist für die Ergreifung administrativer Maßnahmen in Bezug auf die beschlagnahmten Exemplare zuständig. Hierbei kann es sich unter anderem um folgende Maßnahmen handeln:

1. Zuweisung des Volleigentums an die geeignete natürliche oder juristische Person,
2. Befehl zur Schlachtung,
3. Befehl zur Vernichtung,
4. öffentlicher Verkauf,
5. Kombination der in den Nummern 1, 2, 3 und 4 erwähnten Maßnahmen.

Diese administrativen Maßnahmen werden schriftlich bestätigt. Diese schriftliche Bestätigung kann entweder durch Notifizierung des Beschlusses über die administrativen Maßnahmen oder durch Notifizierung des Protokolls erfolgen. Der FÖD Volksgesundheit, Sicherheit der Nahrungsmittelkette und Umwelt behält das Recht, die administrativen Maßnahmen jederzeit aufzuheben.

Diese Befugnis beeinträchtigt nicht die in Artikel 44bis festgelegte Befugnis.

§ 4 - Bei einer Verurteilung spricht das Gericht die Einziehung der Exemplare aus, die nicht vernichtet worden sind, und legt es dem Verurteilten die etwaigen getätigten Kosten und die Sachverständigenkosten, die Kosten für den Transport zu den Schutzzentren, für das Schlachten, für das Vernichten und für die Aufbewahrung bis zum Datum des Urteils zu Lasten."

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 2. April 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Die Vizepremierministerin und Ministerin des Innern und der Chancengleichheit

Frau J. MILQUET

Der Staatssekretär für Umwelt, Energie und Mobilität

M. WATHELET

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2015/00177]

18 MARS 2015. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 21 décembre 2006 relatif aux conditions en matière de formation et d'expérience professionnelles, aux conditions en matière d'examen psychotechnique pour l'exercice d'une fonction dirigeante ou d'exécution dans une entreprise de gardiennage ou d'un service interne de gardiennage et relatif à l'agrément des formations

PHILIPPE, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 10 avril 1990 réglementant la sécurité privée et particulière, l'article 4, § 3, modifié par la loi du 7 mai 2004, l'article 5, alinéa 1^{er}, 5°, et l'article 6, alinéa 1^{er}, 5°, modifié par la loi du 7 mai 2004;

Vu l'arrêté royal du 21 décembre 2006 relatif aux conditions en matière de formation et d'expérience professionnelles, aux conditions en matière d'examen psychotechnique pour l'exercice d'une fonction dirigeante ou d'exécution dans une entreprise de gardiennage ou d'un service interne de gardiennage et relatif à l'agrément des formations;

Vu l'urgence motivée par la circonstance que suite à la sixième réforme de l'Etat, le Service Transport Exceptionnel du SPF Mobilité et transport n'existera plus à partir du 1^{er} janvier 2015 et devra à partir de cette date être remplacé par un autre service pour la réalisation des examens de la branche 'connaissance appliquée de la réglementation en matière de circulation routière' prévue dans la formation pour obtenir l'attestation de compétence agent de gardiennage- accompagnement de véhicules exceptionnels';

Vu l'avis 56.875/2 du Conseil d'Etat, donné le 16 décembre 2014, en application de l'article 84, § 1^{er}, 3°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat, remplacé par la loi du 2 avril 2003;

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2015/00177]

18 MAART 2015. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 21 december 2006 betreffende de vereisten inzake beroepsopleiding en -ervaring, de vereisten inzake psychotechnisch onderzoek voor het uitoefenen van een leidinggevende of uitvoerende functie in een bewakingsonderneming of interne bewakingsdienst en betreffende de erkenning van de opleidingen

FILIP, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 10 april 1990 tot regeling van de private en bijzondere veiligheid, artikel 4, § 3, gewijzigd bij de wet van 7 mei 2004, artikel 5, eerste lid, 5°, en artikel 6, eerste lid, 5°, gewijzigd door de wet van 7 mei 2004;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 december 2006 betreffende de vereisten inzake beroepsopleiding en -ervaring, de vereisten inzake psychotechnisch onderzoek voor het uitoefenen van een leidinggevende of uitvoerende functie in een bewakingsonderneming of interne bewakingsdienst en betreffende de erkenning van de opleidingen;

Gelet op het gemotiveerde verzoek om spoedbehandeling doordat ingevolge de 6de staatshervorming de Dienst Uitzonderlijk Vervoer van de FOD Mobiliteit en Vervoer vanaf 1 januari 2015 niet langer bestaat en met ingang van deze datum dan ook een andere dienst dient aangeduid te worden voor de examinering van het vak 'toegepaste kennis van de regelgeving van het wegverkeer' voorzien in de opleiding tot het bekomen van het 'bekwaamheidsattest bewakingsagent-begeleiding van uitzonderlijk vervoer';

Gelet op advies 56.875/2 van de Raad van State, gegeven op 16 december 2014, met toepassing van artikel 84, § 1, 3°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State, vervangen bij de wet van 2 april 2003;